

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christian Hafenecker, DI Gerhard Deimek, Walter Rauch
und weiterer Abgeordneter
betreffend Neuordnung der Lufträume

*eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Rechnungshofausschusses
betreffend den Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2013/2 (III-15/230 d.B.) in
der 41. Sitzung des Nationalrates am 24. September 2014*

Mit 13. November 2014 soll Novelle einer Verordnung über die Neustrukturierung des Luftraumes in Kraft treten. Bereits jetzt stößt diese Novelle auf heftige Kritik aus den Reihen der österreichischen Flugsportler und deren Verbände. Besonders durch die Ausweitung des freigabepflichtigen Luftraums werden zu Recht massive Einschränkungen und schwerste Schäden für den gesamten Flugsport befürchtet. In vielen Regionen würden Hänge- und Paragleiter sowie Drachenflieger vor dem völligen Aus stehen, da es diesen technisch nicht möglich ist, Funkgeräte bzw. Transponder mitzuführen. Des Weiteren wird die Reduzierung des freien Luftraums zu einer enormen Erhöhung von Freigabeanfragen führen, was eine Überlastung der Fluglotsen zur Folge haben wird.

Neben diesen technischen Aspekten darf auch die Sicherheit der Flugsportler nicht außer Acht gelassen werden. Die Verkleinerung des frei verfügbaren Raumes wird als logische Konsequenz eine stärkere Frequentierung desselben nach sich ziehen, wodurch sich die Gefahr von Außenlandungen in unwegsamem Gelände erhöhen und das Unfallrisiko für Flugsportler im Allgemeinen steigen wird.

In all diese Überlegungen muss aber auch die Tatsache einbezogen werden, dass der Tourismus für Österreich ein Wirtschaftszweig von enormer Wichtigkeit ist. Zahllose Gäste gehen in ihrem Urlaub dem Flugsport nach und genießen dabei die malerischen Landschaften unseres Landes. Die Umsetzung der Neustrukturierung des Luftraumes in geplanter Form würde diese Art des Tourismus schwer schädigen, wodurch auch Arbeitsplätze gefährdet würden.

Betroffen von einer Neuordnung des Luftraumes sind auch die Luftraumüberwachungsflugzeuge sowohl hinsichtlich der Überwachung des Luftraumes als auch hinsichtlich der Flugrouten und -höhen der Luftraumüberwachungsflugzeuge selbst. Die unterfertigen Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es nicht mit Mitte November 2014 zu einem Inkrafttreten der derzeit geplanten Novelle der Verordnung zur Neuordnung des Luftraumes kommt. In Folge sollten seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie Verhandlungen über eine Novelle unter Einbeziehung der Interessensvertretungen, des BMLVS bzw. der Verbände des österreichischen Flugsports zur Gänze von Neuem begonnen werden.“



www.parlament.gv.at